



ENTSCHLISSUNG

Erneute Bekräftigung des nachdrücklichen Engagements von PSI für den Schutz der Menschenrechte von MigrantInnen, Flüchtlingen und Vertriebenen durch unmissverständliches Eintreten gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Verteidigung des Menschenrechts auf hochwertige öffentliche Dienste für alle

- In Anbetracht des derzeitigen besorgniserregenden politischen Trends, in dessen Zuge extrem rechtsgerichtete, autoritäre und populistische Parteien, deren Kampagnen auf rassistischer und fremdenfeindlicher Propaganda basieren, in einer Reihe von Industrie- und Entwicklungsländern an die Macht kommen;
- in Anbetracht der Tatsache, dass diese Akteure einen Diskurs aus Lügen und Irreführung verbreiten und dabei MigrantInnen, Flüchtlinge, Asylsuchende und Vertriebene als Sündenböcke für verschiedene wirtschaftliche und soziale Missstände nutzen und sie als Bedrohung für die nationale Sicherheit und Identität und eine Last für die öffentlichen Ressourcen hinstellen;
- In Anbetracht der Tatsache, dass solch ein irreführender Diskurs die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ursachen von Vertreibung ablenkt – wie der neoliberalen Politik und der Unternehmensgier, die Arbeitsplätze vernichten, die öffentlichen Dienste aushöhlen, die Umwelt zerstören und Spannungen und Konflikte anfachen;
- in Anbetracht der Tatsache, dass ArbeitnehmerInnen, fortschrittliche Führungspersönlichkeiten, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen, einschließlich der Migrantengemeinschaften selbst, Widerstand leisten und sich weiter entschieden diesem negativen Diskurs widersetzen und dass dieser Widerstand energisch unterstützt und verstärkt werden muss;
- in Anbetracht der Tatsache, dass das Aktionsprogramm der Internationalen der Öffentlichen Dienste (2018-2022) mit seinem Leitmotiv *Menschen vor Profit* ein nachdrückliches Engagement für den menschenrechtsbasierten Ansatz im Umgang mit MigrantInnen, Flüchtlingen und Vertriebenen enthält und ihr Recht auf menschenwürdige Arbeit, sozialen Schutz und Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten verteidigt;

möge hiermit beschlossen werden, dass der Vorstand der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI), der am 14.-15. November 2018 in Genf tagt, seine entschiedene Verurteilung der rassistischen, fremdenfeindlichen, migrantenfeindlichen und armenfeindlichen Propaganda der extremen Rechten zum Ausdruck bringt;

verpflichtet PSI sich energisch für die Menschenrechte von MigrantInnen, Flüchtlingen und Vertriebenen; tritt gleichsam unmissverständlich gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein; und verteidigt das Menschenrecht auf hochwertige öffentliche Dienste für alle;

wird PSI weiterhin entschieden Priorität auf ihre Arbeit im Zusammenhang mit Migration, Flüchtlingen und Vertriebenen legen. Sie wird dieses Programm sektor- und regionenübergreifend innerhalb von PSI koordinieren, die erforderlichen Ressourcen bereitstellen und im Bündnis mit der Gewerkschaftsbewegung und Zivilgesellschaft auf nationaler, regionaler und globaler Ebene Interessenvertretung leisten, was auch ihren Einsatz beim Globalen Pakt der UN zu Flüchtlingen und dem Globalen Pakt der UN zu Migration umfasst.